Bund der Steuerzahler
Schleswig-Holstein e.V.
www.steuerzahler.de

Presseinformation 5/2020

Kiel, 28.08.2020

Schleswig-Holstein ist auf dem falschen Weg!
Grundsteuer-Bericht im Landtag liefert Gründe für Richtungswechsel

Der heute im Schleswig-Holsteinischen Landtag debattierte Bericht der Landesregierung zur Umsetzung der Grundsteuerreform liefert für den Bund der Steuerzahler wichtige Gründe, um schnellstmöglich den dringend erforderlichen Richtungswechsel einzuleiten:

„Schleswig-Holstein ist auf dem falschen Weg!", stellt Dr. Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein, fest. „Die Umsetzung des von der Landesregierung beschlossenen Bundesmodells wird nach Aussage des Finanzministeriums mindestens zusätzliche 114 Stellen in den Finanzministerien erfordern, um alle rund 1,2 Millionen Grundstücke in Schleswig-Holstein zur Hauptveranlagung auf den 1. Januar 2025 neu zu bewerten und die entsprechenden Bescheide zu erlassen. Nach den Feststellungen des Landesrechnungshofes in den aktuellen Bemerkungen 2020 wird dieser Personaleinsatz voraussichtlich jedoch nicht ausreichen, da es derzeit einen zusätzlichen Bearbeitungsrückstand von über 50.000 offenen Fällen in den Bewertungsstellen der Finanzämter gibt. Die Hoffnung des Finanzministeriums, die Mehrstellen ab 2024 wieder abbauen zu können, ist blanke Illusionen. Denn sehr viele Bewertungsfälle werden zu Streitfällen vor den Finanzgerichten werden. Außerdem müssen künftig die Bewertungen alle sieben Jahre aktualisiert werden", erläutert Altmann.

„Es gibt aktuell deutlich wichtigere Aufgaben des Landes, die dringend bewältigt werden müssen. Darum ist es unverantwortlich, weit über 100 neue Stellen für die Bewertung von Grundstücken zu schaffen", kommentiert Altmann. „Denn es gibt Alternativen durch die Länderöffnungsklausel, die mit deutlich weniger Personal und einer höheren Rechtssicherheit umzusetzen sind. Die Modelle und Berechnungsprogramme müssten nur aus den anderen Ländern die diese bereits beschlossen haben, übernommen werden."

Altmann wiederholt die Einschätzung des Bundes der Steuerzahler, dass die beabsichtigten Ziele mit der Grundsteuerreform nicht erreicht werden können: „Die Musterberechnungen zeigen deutlich, dass die erhoffte höhere Gerechtigkeit mit dem Bundesmodell nicht erreicht werden kann. Teurer werden vor allem Geschosswohnungen in zentralen Lagen, die Zeche zahlen die Mieter. Da die Grundstückswerte lageabhängig zwischen den Regionen in Schleswig-Holstein stark variieren, wird es erhebliche Verwerfungen zwischen den Gemeinden geben. Wenn die Reform aufkommensneutral umgesetzt werden soll, werden Gemeinden in besonders nachgefragten Lagen geringere Hebesätze erheben als peripher gelegene Orte. Das ist absurd!"

Lornsenstraße 48
24105 Kiel
Tel.: 0431 99 01 65-0
Fax: 0431 99 01 65-11
schleswig-holstein@steuerzahler.de

Präsident: Dr. Aloys Altmann - Verwaltungsratsvorsitzender: Detlef Behrens - VR AG Kiel 2243

PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO - PRESSE-INFO

Lornsenstraße 48
24105 Kiel

Tel.: 0431 99 01 65-0
Fax: 0431 99 01 65-11

schleswig-holstein@steuerzahler.de

Präsident: Dr. Aloys Altmann - Verwaltungsratsvorsitzender: Detlef Behrens - VR AG Kiel 2243